

Wir sind DIE LINKE

Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die Gesellschaft demokratisch gestalten können. Wir setzen uns für Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und ein gutes Gesundheitssystem für alle ein und stellen uns gemeinsam dem Rechtsruck entschieden entgegen.

Gute Arbeit – Gute Löhne

Obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist, haben wir einen riesigen Niedriglohnsektor. Viele Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder sind auf Leiharbeit oder Mini- und Midi-Jobs angewiesen. Damit muss Schluss sein. Wir wollen stattdessen gute und sichere Arbeitsverhältnisse. Beim Mindestlohn haben wir zusammen mit Gewerkschaften und Verbänden jahrelang Druck gemacht - mit Erfolg! Jetzt müssen wir den gesetzlichen Mindestlohn schnell auf 13 Euro pro Stunde erhöhen. Berufe, die vor allem von Frauen ausgeübt werden, müssen aufgewertet und besser bezahlt werden. Frauen dürfen nicht mehr als 20 Prozent weniger als Männer verdienen. Wir wollen die Arbeitszeit verkürzen: Wir streben die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich an. Das hilft gegen Massenerwerbslosigkeit und die Menschen haben mehr Zeit zum Leben.

Gegen Armut in einem reichen Land

Niemand soll im Alter in Armut leben müssen, alle sollen ihren Lebensabend in Würde verbringen können. Die Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Deshalb muss das Rentenniveau wieder angehoben werden, so wie es vor der Rentenkürzungspolitik der rot-grünen Bundesregierung von Gerhard Schröder und von Angela Merkel war. Wir wollen den Menschen, die nicht genug in die Rentenversicherung einzahlen konnten – das sind vor allem Frauen – eine gesetzliche Mindestrente von 1.200 Euro geben. Armut, von der sehr stark alleinerziehende Frauen betroffen sind, ist auch eine Folge von Billiglöhnen und des Hartz-IV-Sanktionssystems, das die Menschen zwingt, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen. Statt Hartz IV brauchen wir ein sanktionsfreies Mindesteinkommen von 1.200 Euro, um allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Klimaschutz: Die Konzerne sollen zahlen

Zwei Drittel der weltweiten CO₂-Belastung wird von nur 100 Großkonzernen verursacht. Für konsequenten Klimaschutz bitten wir deshalb nicht die einfachen Leute zur Kasse, etwa durch höhere Heizkosten oder steigende Strompreise. DIE LINKE ist als einzige Partei bereit, sich mit den eigentlichen Verursachern, den Konzernen, anzulegen. Eine klimagerechte Zukunft geht nur sozial gerecht. Wer jetzt kaum mit seinem Geld über die Runden kommt, darf wegen des Klimaschutzes nicht weiter durch steigende Verbraucherpreise benachteiligt werden. Für die Beschäftigten in den betroffenen Industriebranchen mit Job- und Einkommensgarantien spannen wir einen Rettungsschirm auf. Kein Klimaschutz ohne Verkehrswende: Wir wollen Bus und Bahn ausbauen und den öffentlichen Nahverkehr kostenfrei machen. Der erste Schritt ist freie Fahrt für Kinder und Senior*innen; innerhalb von fünf Jahren soll es dann überall für alle umsonst sein. Bis 2035 machen wir Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral.

Personalmangel gefährdet die Gesundheit

In Krankenhäusern und Pflegeheimen herrscht Notstand: Überall fehlt Personal. Das bedeutet Stress und Überlastung für die Pflegekräfte und gefährdet die Gesundheit der Patient*innen. In der Corona-Krise sind die Mängel noch offensichtlicher geworden.

Jahrelang wurden die Krankenhäuser und Pflegeheime auf Profit getrimmt. Das Gesundheitswesen ist zum Tummelplatz von Konzernen verkommen. DIE LINKE will das ändern. Krankenhäuser sollen gesund machen, statt Gewinne abzuwerfen. Krankenhäuser und Altersheime gehören in öffentliche Hand. Wir brauchen 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und weitere 100 000 in der Altenpflege! Und 500 Euro mehr Grundgehalt für Pflegekräfte – jeden Monat. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle ist möglich. Wir brauchen solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherungen, in die alle einzahlen – auch Abgeordnete, Beamt*innen und Top-Verdiener*innen.



Bezahlbare Miete statt fetter Rendite: Mietendeckel

Die Anzahl der Sozialwohnungen sinkt, die Mieten steigen, und immer mehr Menschen werden aus ihren Wohnvierteln verdrängt. Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum für mittlere und untere Einkommensgruppen - vor allem in den Ballungsräumen. Das ist Ergebnis jahrelangen politischen Versagens der Bundesregierung. Ihre »Mietpreisbremse« ist ein Witz! Wir brauchen stattdessen einen bundesweiten Mietendeckel, der Mieterhöhungen verbietet, Obergrenzen für Mieten festlegt und überhöhte Mieten wieder absenkt. Außerdem Neubau für alle – statt Luxuspaläste für Reiche! Wir müssen den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben und mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen pro Jahr bauen. Außerdem holen wir uns unsere Wohnungen zurück, indem wir Mietwucher-Konzerne enteignen und das Vorkaufsrecht für Kommunen stärken.



Gute Bildung für alle

DIE LINKE will, dass jedes Kind die gleichen Chancen hat. Doch davon ist das deutsche Bildungssystem leider weit entfernt. Das bestehende Bildungssystem verschärft und zementiert soziale Unterschiede, statt für mehr Gerechtigkeit zu sorgen. Die finanzielle Situation und der Bildungsstand der Eltern entscheiden über die Zukunft der Kinder. Die frühe Verteilung der Kinder auf die verschiedenen Schulformen wollen wir überwinden, denn alle Kinder sollen bestmöglich gefördert, statt so schnell wie möglich sortiert werden. DIE LINKE fordert Bildung für alle! Vom Recht auf einen Kitaplatz, längeres gemeinsames Lernen, über eine Ausbildungsplatzgarantie bis zu einem gebührenfreien Studium.

Gleiche Lebensverhältnisse überall im Land

Wir brauchen einen neuen Aufbruch für den Osten und starke Kommunen in allen Regionen des Landes. Wir wollen das Versprechen des Grundgesetzes, gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land, endlich wahr machen. Wir entlasten die Kommunen, fördern benachteiligte Regionen und investieren in gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West. Wir wollen einheitliche Tarifgebiete und gleiche Löhne in diesem Land. Die Angleichung der Ostrenten darf kein Nachteil für die heutigen Beschäftigten sein. Der Rentenwert Ost muss sofort auf das Westniveau angehoben werden. Solange es noch starke Lohnunterschiede gibt, soll die Umrechnung der Ostgehälter bei

der Rente aber erhalten bleiben. Wir investieren vorrangig in strukturschwache Regionen, sozial abgehängte Kommunen und Stadtteile. Wir brauchen schnelles Internet überall. Der Ausbau erneuerbarer Energien und von Bus und Bahn bietet gerade ländlichen Kommunen neue Chancen.

Solidarität und Antifaschismus

Wir wollen eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Ausbeutung, die jede*n mitnimmt. Mit gleichen Rechten für alle, die hier leben, mit einem funktionierenden Sozialstaat und guten öffentlichen Dienstleistungen für alle. Wir erteilen ungleichen Löhnen und ungleichen Chancen auf ein gutes Leben für Männer und Frauen*, Ostdeutsche und Westdeutsche, Deutsche und Nicht-Deutsche eine Absage. Jeder Mensch zählt. Wir lassen niemanden zurück, auch die nicht, die auf der Flucht sind. Wir wollen Abschiebungen stoppen, Bleiberecht ausbauen, Seenotrettung sicherstellen und legale Einwanderung ermöglichen.

Wir sagen klar und deutlich: Unsere Alternative heißt Solidarität. Die Fratze des Faschismus zeigt sich in den Morden in Hanau, Halle, an Walter Lübcke und des NSU, dem Aufstieg der AfD und in den ungenierten öffentlichen Aufmärschen von rechtsradikalen Schläger*innentrupps, Rechtspopulist*innen und Reichbürger*innen. Deshalb stellt sich DIE LINKE dem Vormarsch von Rechtspopulismus, Faschismus und Rechtsterrorismus konsequent entgegen.

Reiche zur Kasse: Geld gerecht verteilen

Noch nie waren Einkommen und Vermögen in Deutschland so ungleich verteilt: Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung. Kein Wunder, denn die Steuern auf Vermögen und hohe Einkommen sind gesunken. Seit 1997 wird die Vermögensteuer nicht mehr einkassiert. Die Folgen sind dramatisch: Öffentliche Dienstleistungen wurden kaputtgespart oder sind privatisiert worden. In vielen Schulen funktionieren die Toiletten nicht, von Laptops ganz zu schweigen. Krankenhäuser werden privatisiert oder geschlossen. Es fehlen Lehrer*innen und Erzieher*innen. Dafür ist kein Geld da? Doch! Wir besteuern hohe Vermögen und Erbschaften endlich gerecht. Mit den Einnahmen modernisieren wir Schulen, Krankenhäuser und schaffen bezahlbare Wohnungen in öffentlichem Eigentum. Unser Steuerversprechen: Wer (Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt dann weniger Steuern. Wer mehr hat, gibt mehr ab.

Demokratie statt Lobbyismus

Wir wollen nicht länger dulden, dass das Land immer mehr zum Selbstbedienungsladen der Reichen und Konzerne verkommt und der Kapitalismus den Planeten ruiniert. Konzerne und Superreiche nehmen immer dreister Einfluss auf politische Entscheidungen. Damit muss Schluss sein! Denn Demokratie bedeutet nicht »Geld regiert die Welt«, sondern dass die Macht von der Bevölkerung ausgeht. Abgeordnete müssen alle ihre Nebeneinkünfte offenlegen, Unternehmen dürfen nicht durch große Spenden und Sponsoring Einfluss auf die Politik nehmen, denn das schadet unserer Demokratie. Wir müssen Lobbyist*innen in die Schranken weisen: Wir brauchen ein Lobbyregister und ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien. DIE LINKE ist unabhängig. Wir lassen uns nicht kaufen.

DIE LINKE nimmt keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an – als einzige Partei im Bundestag.

Ein Europa für alle

Frieden, Demokratie, Wohlstand und sozialer Ausgleich waren der Kern der europäischen Idee. Doch aus der europäischen Idee wurde eine von Banken und Konzernen beherrschte EU. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 gab es keine Umstrukturierung des Bankensektors oder Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Stattdessen wurden EU-Mitgliedsstaaten Sparprogramme mit massivem Sozial- und Demokratieabbau aufgezwungen. Ein Rückzug in den Nationalstaat ist jedoch keine Alternative, denn viele ökologische, soziale und ökonomische Probleme lassen sich dort nicht mehr lösen. Ein Zerfall der EU birgt vielmehr die Gefahr eines weiteren Aufstiegs nationalistischer und rechtspopulistischer Kräfte. Wir treten vielmehr für ein solidarisches, für alle offenes Europa ein, das gemeinsam soziale und demokratische Standards setzt und friedlich ist.

Frieden, Abrüstung und Solidarität statt Krieg

DIE LINKE steht als einzige Partei im Bundestag konsequent gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung. Wir sind solidarisch mit allen, die weltweit für Frieden, Abrüstung und globale Gerechtigkeit eintreten. Wir lehnen Auslandseinsätze und die Aufrüstung der Bundeswehr entschieden ab. Aus Deutschland werden Waffen und Rüstungsgüter in die ganze Welt exportiert auch in Gebiete, wo damit Menschenrechtsverletzungen, Bürgerkrieg und Krieg befeuert werden. Deutsche Waffen werden in den Kriegen in Syrien und im Jemen eingesetzt. Mit ihnen werden Menschen vertrieben, verletzt und getötet. Das Geschäft mit dem Tod »Made in Germany« muss ein Ende haben: Waffenexporte müssen verboten werden. Und alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.



DIE LINKE ist eine junge Partei mit langen Traditionen

Am 16. Juni 2007 wurde DIE LINKE aus der ostdeutschen Linkspartei.PDS und der Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) aus Westdeutschland gegründet. Es entstand damit eine gesamtdeutsche linke Alternative, die aus dem Stand eine Erfolgsserie hinlegte und in sieben westdeutsche Landesparlamente einzog. Seit 2014 stellt DIE LINKE in Thüringen mit Bodo Ramelow ihren ersten Ministerpräsidenten. DIE LINKE hat über 60 000 Mitglieder, etwa 37 Prozent davon sind Frauen – damit nimmt DIE LINKE einen Spitzenplatz im Vergleich aller Bundestagsparteien ein. Parteigremien und Parlamentsmandate sind zudem quotiert und haben in der Regel einen Frauenanteil von 50 Prozent oder mehr. DIE LINKE ist Teil der Europäischen Linken (EL). Janine Wissler und



Susanne Hennig-Wellsow sind die Vorsitzenden der LINKEN, Jörg Schindler ist Bundesgeschäftsführer. Der 44-köpfige Parteivorstand entscheidet zwischen den Parteitagen über politische und organisatorische

Mitmachen und einmischen!

Du möchtest die Welt verbessern oder zumindest in Deinem Stadtteil damit schon mal anfangen? Es gibt viele gute Gründe sich für mehr soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Frieden, bezahlbaren Wohnraum und gegen Nazis zu engagieren. Du willst aktiv werden? Es gibt viele Möglichkeiten bei uns mitzumachen: Du kannst unsere Mieten- und Pflegekampagne unterstützen, im Wahlkampf oder bei Aktionen mitmachen oder Haustürgespräche führen. Mach mit und tritt gleich in DIE LINKE ein. Wir freuen uns auf Dich! Gemeinsam machen wir das Land gerecht.

Mitglied werden: mitglied.die-linke.de

Hotline: 030/24009555

Oder unterstützen Sie uns mit einer Spende.

Online spenden: die-linke.de/spenden

Parteivorstand der Partei DIE LINKE

IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00

BIC: BEVODEBB, Berliner Volksbank eG

Stichwort: Spende

Bitte geben Sie Name und Adresse an. Auf Wunsch stellen wir eine Spendenbescheinigung aus.











Unseren wöchentlichen Newsletter können Sie abonnieren unter newsletter.die-linke.de.

Kontakt:

Partei DIE LINKE Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin

Telefon: 030/24009999

V.i.S.d.P. Jörg Schindler

☐ Ich möchte mehr Informationen über DIE LINKE bekommen. ☐ Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden. Frau 🗌 Herr 📗 Name, Vorname Ausfüllen und per Post an oben stehende Adresse oder per Fax an 030/24009480 senden. Weitere Informationen finden Sie auch im Internet.

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle

www.die-linke.de





www.die-linke.de

Das zu sagen, erfordert Mut und große Gefühle. Genauso, wie notorisch an eine bessere Welt zu glauben. Aber was wäre unsere Welt ohne Idealismus? www.die-linke.de